

Mehr Freiraum für Eigeninitiative

# *Moderner Staat Schlanker Staat*



**CHANCEN FÜR ALLE** >

*Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*

## Inhaltsverzeichnis

<b>„Der Staat muss sich beschränken.“</b>	<b>2</b>
Regulierung lähmt Eigeninitiative	
<b>„Schlanker Staat – starke Bürger.“</b>	<b>4</b>
Mehr Freiheit und weniger Abgaben	
<b>Immer noch eine halbe Staatswirtschaft.</b>	<b>6</b>
Steuern, Ausgaben, Schulden: eine Bestandsaufnahme	
<b>„Beim Staat stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr!“</b>	<b>8</b>
Interview mit Dr. Karl-Heinz Däke	
<b>Wirtschaft können die Privaten besser!</b>	<b>10</b>
Der Staat als Unternehmer	
<b>Als Dienstleister ist der Staat auf dem Weg der Besserung.</b>	<b>12</b>
Doch Reformen müssen noch entschlossener durchgesetzt werden	
<b>Schlanker Staat.</b>	<b>15</b>
Professor Dr. Hans-Jürgen Ewers fordert mehr Wettbewerb	

### Impressum:

Chancen für alle  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Koordination: berolino.pr

Geschäftsführung:  
Dieter Rath, Dr. Michael Stahl

Büro Köln  
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88  
50968 Köln  
Tel.: 0221 / 4981-401/402  
Fax: 0221 / 4981-406

Büro Berlin  
Wallstraße 15/15a  
10179 Berlin

E-Mail: [info@chancenfueralle.de](mailto:info@chancenfueralle.de)  
[www.chancenfueralle.de](http://www.chancenfueralle.de)

Redaktion:  
Dr. Michael Stahl (v.i.S.d.P.), Dr. Uwe Claßen,  
Carsten Seim

Fotos:  
Piet Truhlar (Titel), Aesculap, Baier/Joker, Bilfinger +  
Berger, BdSt, dpa, Eifrig, Caro, GLOBUSPress,  
Oppenberg, Ossenbrink, Privat, Sigel.

Druck: Bacht, Essen

Professor Dr. Roman Herzog

# „Der Staat muss



# sich beschränken.“

Bill Gates fing mit seinem Unternehmen Microsoft in einer Garage an. In Deutschland wäre er damit wohl schon an der Gewerbeaufsicht gescheitert. Wer die deutsche Regelungswut kennen lernen will, der braucht bloß zu versuchen, ein kleines Einfamilienhaus zu bauen. Und wer gar ein Unternehmen gründet und Arbeitsplätze schafft, den trifft die Bürokratie noch mehr.

Von jeder Mark, die heute in Deutschland erwirtschaftet wird, geht fast die Hälfte durch die öffentlichen Kassen. Das ist zu viel! Der Staat muss sich beschränken. Die Bürger und die Unternehmen müssen mehr Freiräume bekommen. Wenn der Staat sich zurückhält, wird alles beweglicher, kundenfreundlicher und sogar billiger. Der Telekommunikationsmarkt liefert ein Beispiel dafür.

*Professor Dr. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident. Er äußert sich in bundesweit verbreiteten Anzeigen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zum Thema „Moderner Staat – Schlanker Staat“.*

Der Staat sollte sich weniger einmischen. Wir müssen seine Rolle neu bestimmen. Wir haben zum Beispiel so viel Sozialstaat aufgebaut, dass er unsozial geworden ist. In allerbesten Absicht haben wir das Gegenteil dessen erreicht, was wir wollten.

Der Staat sollte aufhören, die Menschen zu entmündigen. Der übertriebene Staat gründet auf einer Lüge: Angeblich hilft er den Menschen. Aber in Wirklichkeit macht er sie abhängig von staatlicher Versorgung und erstickt so ihre Antriebskräfte.

Wir brauchen einen schlanken Staat, der die Bürger nicht bevormundet, sondern ihnen so viel Freiraum wie möglich lässt. Dann haben die Menschen die Chance, ein neues Selbstbewusstsein als Bürger zu entwickeln und aus Eigeninitiative und in Eigenverantwortung zu handeln.

## Die Themen im Überblick

### Vater Staat braucht eine Diät

Deutschland ist vom schlanken Staat noch weit entfernt. Steuern und Abgaben belasten Bürger und Unternehmen, Subventionen verzerren den Wettbewerb. Doch es gibt auch positive Ansätze: Vor allem Städte und Gemeinden erproben neue, effiziente Wege der Verwaltung. Und Fußballstadien werden ohne Staatshilfen gebaut. (Seiten 4-7)

### Sparsamer wirtschaften!

Die Meldungen über Steuerverschwendung reißen nicht ab. Der Staat muss sparsamer mit Steuergeldern umgehen, damit die Abgabenlast sinken kann. Dann würde auch die Schwarzarbeit nicht mehr so grassieren. (Seiten 8-9)

### Auslaufmodell Staatsbetrieb

Bürger zahlen überhöhte Preise für staatliche Dienstleistungen, private Unternehmen leiden unter geschützter Staatskonkurrenz. Die Privatisierung muss fortgesetzt werden. Denn private Anbieter können es einfach besser. (Seiten 10-11)

### Es geht auch besser

Beamte als moderne Dienstleister für Bürger und Unternehmen? Es gibt sie schon! Durch privatwirtschaftliche Steuerungsmodelle, zentrale Anlaufstellen für Existenzgründer, die zunehmende Nutzung des Internets und schnelle, unbürokratische Genehmigungen zeigen Verwaltungen, wie der Staat in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft auftreten muss. (Seiten 12-14)

### Wettbewerb schafft Jobs

Hans-Jürgen Ewers, Professor für Volkswirtschaftslehre und Präsident der Technischen Universität Berlin, ist überzeugt: Die Öffnung der staatlichen Daseinsvorsorge für private Anbieter bringt bessere Leistungen und zusätzliche Arbeitsplätze. (Seite 15)



**Mehr Freiheit und Selbstverantwortung, weniger Steuern und Abgaben:**

## Schlanker Staat – starke Bürger.

**Nur ein schlanker Staat ist zukunftsfähig und sozial zugleich. Er gewährt seinen Bürgern mehr Freiheit, gibt ihnen mehr Verantwortung und lässt ihnen mehr Geld in der Tasche. Wenn der Staat nicht alles regeln will, kann er seine Hauptaufgaben besser erfüllen: den Rahmen setzen, damit Markt und Wettbewerb funktionieren.**

Der Staat ist in den letzten Jahrzehnten übergewichtig geworden. Fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung wird vom Fiskus und von den Sozialsystemen kassiert, durch öffentliche Kassen geschleust und den Bürgern schließlich in vielerlei Formen wieder zurückgegeben. Zum Großteil jedenfalls. Denn von den Steuern und Abgaben werden auch die staatlichen Verwaltungen und ihre Beschäftigten unterhalten. Gar keine Frage: Der Staat braucht eine Schlankheitskur.

Die öffentlichen Schulden und die Staatsquote müssen weiter abgebaut werden. Die Staatsquote spiegelt das Verhältnis der öffentlichen Ausgaben zur gesamtwirtschaftlichen Leistung eines Landes wider. Wer die Staatsquote senken will, muss zumindest darauf achten, dass die öffentlichen Budgets künftig langsamer wachsen als die gesamtwirtschaftliche Leistung.

Damit das gelingt, muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Das sind vor allem hoheitliche Aufgaben wie die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Wenn es um Dienstleistungen geht, etwa bei der Versorgung und Entsorgung, sind private Anbieter häufig kostengünstiger als die öffentliche Hand. Das spricht für weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen gerade auf der kommunalen Ebene.

Zum modernen Staat gehört auch eine moderne Verwaltung. Die „Modernisierungskur“ muss in folgenden Bereichen ansetzen:

### **Kostencontrolling statt Kameralismus**

Moderne Kostenrechnung statt Kameralismus ist gefragt. Das in der Privatwirtschaft übliche Kostencontrolling muss auch im öffentlichen Bereich Einzug halten. Auf kommunaler Ebene gibt es hier erste Erfolge. Immer mehr Gemeinden arbeiten mit dem so genannten Steuerungsmodell. So erschließen sie Rationalisierungsreserven, die dem Bürger zugute kommen: in Form von niedrigeren Steuern, Gebühren und Beiträgen.

### **Leistungsanreize im Öffentlichen Dienst**

Leistungsorientierte Besoldungs- und Laufbahnstrukturen müssen die starren, leistungsfeindlichen Systeme ablösen. Ziel muss sein,



die Beschäftigten über Leistungsanreize zu mehr Sparsamkeit und Verantwortungsbereitschaft zu veranlassen. Der moderne Öffentliche Dienst braucht das Image eines „Dienstleisters“. Management und Personalführung müssen sich stärker an die Systeme der Privatwirtschaft anlehnen. Ein Personalaustausch mit Privatfirmen könnte diese Modernisierung voranbringen.

### Mehr Wettbewerb zwischen den Ländern

Zum modernen Staat gehört auch mehr Wettbewerb zwischen und unter den einzelnen staatlichen Ebenen. So kommen die Vorzüge unserer föderalen Struktur besser zur Geltung. Ein konkreter Ansatzpunkt dafür ist das System des Länderfinanzausgleichs.

Der schlanke Staat stärkt die Eigenverantwortung der Bürger. Er dämmt die Bürokratie und die Flut der Gesetze ein. Er sollte verstärkt die Möglichkeit nutzen, neue Vorschriften zu befristen. Kosten, die ein neues Paragrafenwerk für Bürger und Betriebe bringt, müssen im Vorfeld abgeschätzt werden.

### Vorfahrt für private Initiative

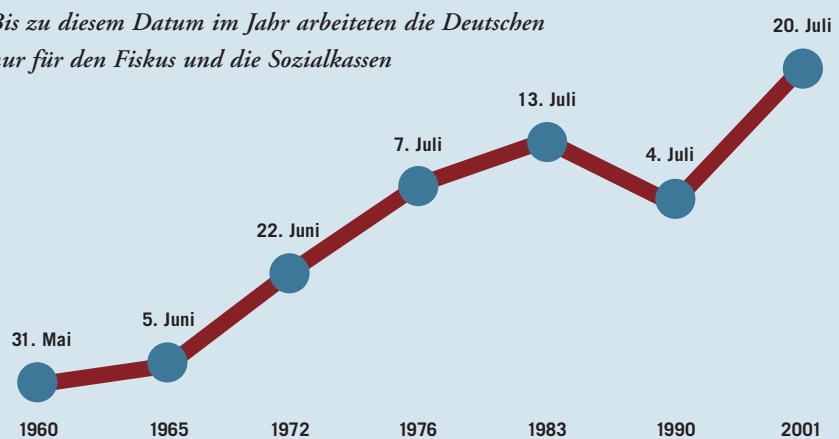
Generell müssen die staatliche Regelungswut und die Bevormundung der Bürger sowie der Wirtschaft eingeschränkt werden. Private Initiative hat Vorrang vor staatlicher Regulierung. Das gilt auch für die Soziale Sicherung und das Steuersystem. Ein modernes Steuersystem ist einfach, überschaubar für die Bürger und weniger überfrachtet mit Lenkungsaufgaben. Hier geht die jüngste Steuerreform noch nicht weit genug.

### Mehr Netto vom Brutto

Für den Bürger geht die Rechnung auf. Der schlanke Staat braucht weniger Steuern und Abgaben, um seine Aufgaben zu erfüllen. Den Bürgern bleibt vom Bruttoeinkommen netto mehr übrig. Der soziale Ausgleich gelingt eher, wenn das Dickicht der vielen Wohltaten gelichtet wird und die wirklich Hilfsbedürftigen ins Blickfeld rücken. Nur der schlanke Staat kann die Staatsverschuldung zurückführen und damit künftige Generationen entlasten. Und Wettbewerb bringt mehr Innovationen und günstigere Angebote in vormals staatliche Bereiche.

## Die Steuerzahler-Gedenktage

*Bis zu diesem Datum im Jahr arbeiteten die Deutschen nur für den Fiskus und die Sozialkassen*



Quelle: Bund der Steuerzahler

## Die Steuer- und Abgabenschere

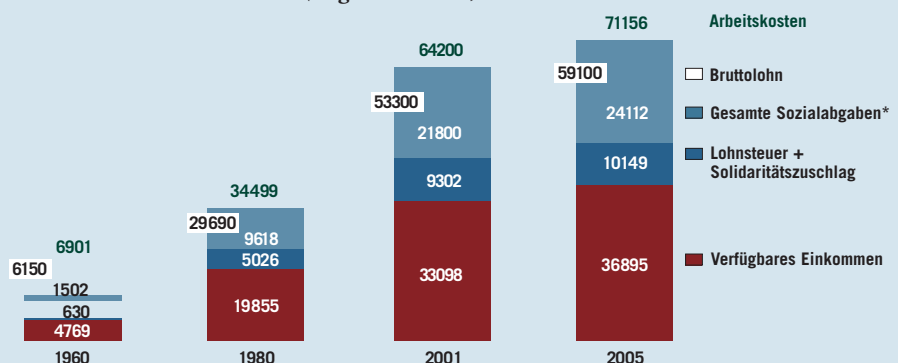
Goldene Zeiten waren das damals: 77,5 Prozent seines Bruttoeinkommens verblieben dem Durchschnittsverdiener im Jahr 1960. Den Rest musste er für die Lohnsteuer und den Arbeitnehmeranteil an den Sozialabgaben aufwenden. Heute kommen noch 62,1 Prozent als verfügbares Einkommen in seiner Geldbörse an.

Eine andere Rechnung: Geht man von den Arbeitskosten des Arbeitgebers in Form von Bruttolohn und Sozialbeiträgen aus, öffnet sich die Schere noch weiter (*Grafik*). Von 100 Mark Arbeitskosten landen nur knapp 52 Mark auf dem Konto des Mitarbeiters. Mit der Steuerreform hat die Bun-

desregierung einen ersten Schritt getan, um die ständig gestiegene Belastung der Bürger zurückzuführen. Dass die Steuerreform aber nur ein Anfang sein kann, zeigen Berechnungen des Finanzministeriums: Das verfügbare Einkommen des Durchschnittsverdieners wächst von 1998 bis 2005 um 2,7 Prozentpunkte. Die zusätzlichen Belastungen durch die Öko-Steuer bleiben bei dieser Rechnung aber unberücksichtigt. Zudem geht der Finanzminister von der optimistischen Annahme aus, dass die Beitragssätze zur Sozialversicherung bis 2005 leicht sinken. Ohne weitere Reformen muss jedoch mit Beitragssatzsteigerungen gerechnet werden.

## Was beim Staat und beim Bürger landet

*Rechnung für einen ledigen, kinderlosen Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen (Angaben in DM)*



Quellen: Bundesfinanzministerium, eigene Berechnungen  
\*Sozialabgaben: Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge

# Immer noch eine halbe Staatswirtschaft.

**Für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft hatte der Staat vor allem eine Aufgabe: Er sollte einen verlässlichen Ordnungsrahmen für die private Initiative von Bürgern und Unternehmen gewährleisten. Doch der Staat ist zu einem Lenker und Vollversorger geworden, der in vielen Bereichen Wettbewerb und private Initiative lähmt.**

„Musterland der Sozialen Marktwirtschaft“ – diesen Titel verdient Deutschland heute nicht mehr. Fast jede zweite erwirtschaftete Mark wird durch den Staat umverteilt. Deutschland gleicht damit eher einer halben Staatswirtschaft als einer Marktwirtschaft.

## Die Staatsquote muss weiter sinken

Die Ausdehnung des Staates zeigt sich an der Staatsquote. Diese Zahl misst den Staatsanteil in einer Volkswirtschaft. Dabei werden die staatlichen Ausgaben ins Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) gesetzt. Zu Beginn der sechziger Jahre lag die Staatsquote noch bei rund 32 Prozent. Bis 1996 wuchs sie bis auf knapp über 50 Prozent. Seitdem ist sie wieder etwas

zurückgegangen und lag im Jahr 2000 bei rund 47 Prozent. Die Staatsquote muss weiter sinken. Ziel: unter 40 Prozent.

## Trotzdem nicht mehr Jobs

Mehr Staat bedeutet keineswegs auch mehr Jobs – im Gegenteil! Während im Jahr 1960 mit einer Arbeitslosenquote von 1,3 Prozent Vollbeschäftigung herrschte, ist die Arbeitslo-



sigkeit heute mit einer Quote von fast 10 Prozent das größte gesellschaftliche Problem in Deutschland.

## Tiefer Griff in die Taschen der Bürger

Ein weiteres Symptom der ausufernden Staatstätigkeit ist der immense Finanzbedarf, der mit den hohen Staatsausgaben einhergeht. Der deutsche Staat greift seinen Bürgern tief in die Taschen. Nach Abzug aller Steuern und Abgaben verbleibt dem Bürger von jeder verdienten Mark kaum mehr als die Hälfte (*siehe auch Seite 5*).

Die Steuereinnahmen sind über die Jahre hinweg ständig gewachsen und werden im Jahr 2004 voraussichtlich die Billionengrenze überschreiten. Trotzdem kommt Vater Staat mit seinen Einnahmen nicht aus. Jahr für Jahr nehmen die Öffentlichen Hände neue Kredite in Milliardenhöhe auf. Der Schuldenstand des Staates wird Ende des Jahres 2001 knapp 2,4 Billionen Mark betragen. Rund jede fünfte Steuermark muss mittlerweile allein für Zinsen aufgewendet werden.

## Hemmnisse für die Unternehmen

Der Staat greift auf vielfältige Weise in die Wirtschaft ein. Er betätigt sich in Bereichen als Unternehmer, die in der Sozialen Marktwirtschaft den Privaten überlassen bleiben sollten. Die privaten Unternehmen werden zudem durch ein dichtes Netz von Regulierungen beeinträchtigt. Bürger und Betriebe beklagen seit langem zahlreiche bürokratische Hemmnisse sowie eine häufig unwirtschaftliche Verwaltung.

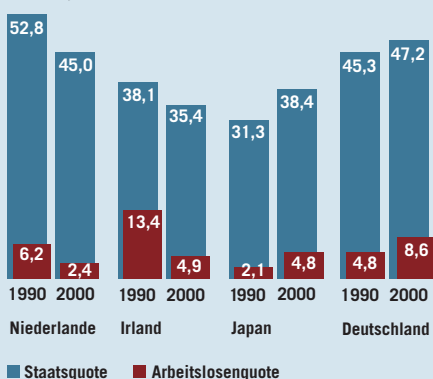
## Falsche Anreize

Die schrittweise Abkehr von einer auf Wettbewerb und Eigenverantwortung gründenden Gesellschaft hat bei den Bürgern und Unternehmen die Anreize in eine falsche Richtung gelenkt. Angesichts der hohen Abgabenbelastung ist es kein Wunder, dass es um die Steuermoral nicht zum Besten steht. Und hohe Sozialleistungen lassen es für viele unwirtschaftlich erscheinen, einer regulären Arbeit nachzugehen.

## Weniger Staat – mehr Beschäftigung

Je höher die Staatsausgaben und mit ihnen die Steuern und Abgaben ausfallen, desto mehr lähmt der Staat private Initiative und wirtschaftliche Dynamik. Das kostet Arbeitsplätze! Internationale Vergleiche zeigen: Jene Länder, in denen der Staat seine Ausgaben reduziert, also einen geringeren Teil des Sozialprodukts beansprucht, verzeichnen sinkende Arbeitslosenzahlen. Die Niederlande bieten das Paradebeispiel. Sie haben seit Beginn der neunziger Jahre ihre Staatsquote deutlich gesenkt und die Arbeitslosigkeit mehr als halbiert.

Staatsquote & Arbeitslosigkeit international



Quellen: OECD, EU-Kommission, Bundesfinanzministerium

## Ideen – Konzepte – Innovationen

Stadionbau privat finanziert:  
**Auf Schalke**  
 spielt der Staat nicht mit

Der Manager des Fußballclubs Schalke 04, Rudi Assauer, nennt die neue Arena „AufSchalke“ das „modernste und spektakulärste Stadion der Welt“. In jedem Fall ist sie das ehrgeizigste privat finanzierte Stadion-Projekt aller Zeiten. „Es ist keine Mark an öffentlichen Fördermitteln geflossen“, sagt Schalke-Geschäftsführer Peter Peters.

Das neue Stadion kostet 370 Millionen Mark. Tragende Säule der Finanzierung ist ein 225 Millionen-Kredit mehrerer Geldgeber unter Führung der Hamburgischen Landesbank, den das Land NRW mit einer 80-prozentigen Bürgschaft absichert. Das Land, glaubt Finanzchef Jupp Schnusenber, werde „ganz sicher“ nicht zur Kasse gebeten. Assauer, Peters und Schnusenber haben sogar eigenes Geld in die Arena in-



*Hat seine neue Arena ohne öffentliche Fördermittel finanziert: Schalke-Manager Rudi Assauer.*

vestiert und sind vom Erfolg überzeugt. Der Club Schalke 04 stellt 21,6 Millionen Mark Eigenkapital zur Verfügung und hält 32,6 Prozent an einer Schalke 04 Stadion-Beteiligungsgesellschaft mbH&Co, die 66 Millionen Mark investiert hat. Manager Assauer hat überschlagen, dass die Arena pro Jahr neben dem Fußball acht Veranstaltungen braucht, um sich zu amortisieren. In 15 Jah-

ren muss der Kredit zurückgezahlt sein. Schnusenber rechnet danach mit einer Restschuld von rund 80 Millionen Mark, die womöglich eine Anschlussfinanzierung nötig machen. „Vielleicht haben wir das Geld bis dahin aber schon verdient“, sagt er. Gut möglich, dass seine Rechnung aufgeht. Momentan jedenfalls boomt die Arena des Vizemeisters.

# Steuern senken durch Subventionsabbau.

Auf 303 Milliarden DM beziffert das Kieler Institut für Weltwirtschaft die Summe der Subventionen in Deutschland im Jahr 1998. Hoch subventioniert wird die Landwirtschaft. Daneben zählen die Sektoren Bergbau, Verkehr und Wohnungsvermietung zu den Hauptbegünstigten.

Zwar werden die Finanzhilfen, Steuerbegünstigungen und sonstigen Beihilfen seit jeher an erster Stelle genannt, wenn über den Abbau staatlicher Ausgaben diskutiert wird. Doch wenn es ans konkrete Abspecken geht, formieren sich die politischen Widerstände, und den Absichtserklärungen folgen kaum Taten.

Dass Subventionen der Wirtschaft in der Summe eher schaden, darüber sind sich die Ökonomen seit langem einig. Subventionen

- erhalten nicht wettbewerbsfähige Unternehmen zulasten rentabler Betriebe;

- erhöhen die Steuerbelastung: Die staatlichen Hilfen beanspruchen mehr als ein Drittel des gesamten Steueraufkommens;
- kosten mehr Arbeitsplätze als sie erhalten. Denn die Wettbewerbsverzerrungen und die höhere Steuerbelastung schränken Investitionen und die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten ein.

So ökonomisch schädlich Subventionen wirken, so politisch reizvoll sind sie auch. Denn

in der Öffentlichkeit werden zumeist nur die kurzfristigen „arbeitsplatzzerhaltenden“ Wirkungen gesehen, während die langfristigen Schäden weniger ins Auge fallen.

Ein umfassender Subventionsabbau bietet die große Chance, die Steuern deutlich zu senken. Wer den Widerstand einzelner Gruppen fürchtet, muss den Rasenmäher anwerfen: Alle Subventionen werden dann jährlich um einen bestimmten Prozentsatz gekürzt. Neue Subventionen sollte der Staat – wenn überhaupt – nur noch gewähren, wenn sie grundsätzlich zeitlich befristet werden. In der Sozialen Marktwirtschaft müssen Subventionen aber die Ausnahme sein.

Interview mit Dr. Karl-Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler

# „Beim Staat stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr!“

*Warum ist die Belastung mit Steuern und Abgaben so stark gewachsen?*

Vor allem, weil der Politik in den letzten Jahrzehnten die Einsicht gefehlt hat, dass es mit den

Steigerungen der öffentlichen Ausgaben so nicht weitergehen kann. Mutiges Sparen hat es fast nie gegeben – nur Lippenbekenntnisse. Die Folge: Seit Jahren wachsen die Staatsausgaben schneller als das Bruttoinlandsprodukt. 1960 gingen 32,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durch die Hände des Staates. 1996 wurde die 50-Prozent-Grenze überschritten. Staatsschulden sowie Steuern und Abgaben für Bürger und Unternehmen explodieren.

*Müssen nicht auch die Bürger ihre Erwartungen an den Staat reduzieren?*

Ja! Aber da sind zugleich auch wieder die Politiker gefordert, die unerfüllbare Erwartungen schüren. Nur all zu gerne versprechen



Dr. K.-H. Däke

sie zur Verbesserung ihrer Wahlchancen zusätzliche öffentliche Leistungen, die auf die Gruppen zugeschnitten sind, von denen sie sich die meisten Stimmen erhoffen. Und verschweigen dann die Kosten dieser Wahlschenke. Die Politik muss den Bürgern klar machen, dass es nichts umsonst gibt: There's no free lunch!

*Stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates noch?*

Nein! Wenn man bedenkt, dass über die Hälfte des Arbeitsertrages eines Durchschnittsverdieners an den Staat geht, kann etwas nicht in Ordnung sein. Der Staat kostet zu viel und nimmt Aufgaben wahr, die Private wirtschaftlicher erledigen könnten.

*Mit wie viel Steuern und Abgaben müsste ein schlanker Staat auskommen?*

Unser Ziel muss sein, die Staatsquote auf einen Wert von maximal 40 Prozent zurückzuführen. Das wird aber nur möglich sein, wenn der Staat weitere Aufgaben privatisiert

und sein Kerngeschäft rationeller als bisher betreibt. Dann ließen sich auch Steuern und Abgaben erheblich senken.

*Wo wird am meisten öffentliches Geld verschwendet?*

Unser Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ bringt es in diesem Jahr zum 29. Mal an den Tag: Die Verschwendung reicht von Unwirtschaftlichkeiten in der Verwaltung über Fehlplanungen und Kostenexplosionen im öffentlichen Baubereich bis hin zu Prunk, Protz und Selbstbedienung auf Kosten der Steuerzahler. Wir schätzen das Volumen der öffentlichen Verschwendung auf 60 Milliarden Mark.

*Und wenn es diese Verschwendung nicht gäbe?*

Dann könnte die Lohn- und Einkommensteuer-Belastung um 15 Prozent gesenkt werden. Oder nehmen Sie den Mehrwertsteuersatz: Hier kämen wir mit 12,5 statt 16 Prozent aus.

*Unternehmen warnen: Zu hohe Steuern und Abgaben sowie zu viel Bürokratie gefährden Jobs. Sind die Warnungen berechtigt?*

Auf jeden Fall! Der Bürokratieaufwand, den uns der Staat aufbürdet, kostet Bürger und Unternehmen jährlich rund 60 Milliarden Mark. Das sind 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes! Und in jüngster Zeit sind sogar weitere Komplizierungen hinzugekommen – zum Beispiel durch das 630-DM-Gesetz oder die verwirrenden Regelungen in Zusammenhang mit der Stromsteuer. Zunehmend verärgert die staatliche Bürokratie-Keule vor allem die Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen. Jeder Fünfte unter ihnen fühlt sich nach Umfragen vom Staat gegängelt. In Finnland etwa ist es nur jeder Vierte. Keine Frage, dass das Arbeitsplätze gefährden kann.

## Ideen – Konzepte – Innovationen

**Es geht auch anders – Beispiel Reutlingen: König Kunde im Finanzamt**

Hick-Hack um Steuererklärungen lässt Bürger häufig verzweifeln. Im Reutlinger Finanzamt ist der Steuerbürger „König“: Statt üblicher drei bis vier Monate muss er im Durchschnitt nur fünf bis sechs Wochen warten, bis seine Steuererklärung bearbeitet ist. An zentralen Kundentheken (Foto) kann er seine Steuererklärung gleich mit Fachpersonal durchsprechen. Einfache Sachverhalte werden direkt bearbeitet. Bürger loben in Umfragen den schnellen Service. Darin erreicht das Finanzamt

Reutlingen einen Noten-Durchschnitt von 2,3 – für die Betreuung durch das Personal sogar eine 1,8. Kritikpunkt: Die Steuerformulare sind unverständlich. Das Land Baden-Württemberg arbeitet derzeit daran, sie verständlicher zu machen.





Steuergelder

Hier könnte der Staat sparen

Jahr für Jahr berichten Bundesrechnungshof, Bund der Steuerzahler und Medien über großzügigen Umgang mit Steuergeldern. Beispiele:

- Bis zum Jahr 2004 stellt der Bund 2,8 Milliarden DM für die Region Bonn zur Verfügung – Ausgleich für den Regierungsumzug. Aus den Geldern wurden unter anderem ein Naturkostladen für Hunde, die Renovierung eines Juweliergeschäftes und die Eröffnung eines Stehimbisses subventioniert – Rüge des Bundesrechnungshofes.
- Im Ergebnisbericht 2001 kritisierten die Rechnungsprüfer den wuchernden Schilderwald an Bundesfernstraßen: 20 Millionen Schilder – ein großer Teil sei überflüssig. Geschätzte Verschwendung: 100 bis 200 Millionen DM. Jetzt sollen Schilder abmontiert werden. Zwischen 1992 und 1998 habe der Bund rund 21 Millionen DM zu viel für den Landschaftsbau an Bundesfernstraßen ausgegeben: zu große Gehölze, zu dicht gepflanzt.
- Kostenüberschreitungen bei öffentlichen Bauten sind fast schon traurige Routine. Die Plenarsaal-Sanierung des Preußischen Landtages schlägt mit fast 72 statt veranschlagter 59,2 Millionen DM zu Buche. Die „Carolus Thermen“ in Aachen (Foto) sollen statt geplanter 61,5 Millionen DM voraussichtlich 76,2 Millionen DM kosten – fast 15 Millionen DM mehr.



Kontrolle auf einer Baustelle: Bei der Schwarzarbeit ist die Dunkelziffer hoch.

# Blühende Schattenwirtschaft.

**Mehr als vier Stunden muss ein Handwerker in Deutschland arbeiten, bevor er sich „auf Rechnung“ eine Arbeitsstunde von einem Kollegen leisten kann. Kein Wunder, dass die Schattenwirtschaft blüht. Darunter rangiert alles, was der Volksmund gern „Do it yourself“, „Tauschgeschäfte“, „Nachbarschaftshilfe“ oder „Schwarzarbeit“ nennt.**

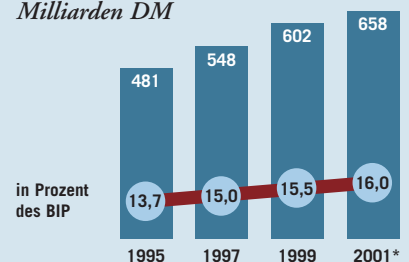
Das Hinterziehen von Steuern und Sozialabgaben gilt vielen schon als Kavaliersdelikt. Wer als Ursache dafür einen Verfall der Moral vermutet, hat die wahren Gründe für die Schwarzarbeit nicht im Blick. Hauptursache ist die ständig gestiegene Steuer- und Abgabenbelastung. Der Keil zwischen den Kosten der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer und den Nettoeinkommen der Arbeitnehmer macht die Flucht in den abgaben- und regulierungsfreien Bereich äußerst reizvoll.

Auf fast 660 Milliarden DM beziffert der Experte Professor Friedrich Schneider von der Universität Linz die Umsätze, die im Jahr 2001 an Finanzamt und Sozialversicherung vorbeigeschleust werden.

In den letzten Jahren hat die Schattenwirtschaft einen Boom erlebt. Seit 1995 stiegen die Umsätze laut Schneider um mehr als zwei Prozentpunkte auf rund 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. 1975 waren es nur knapp 6 Prozent. Neben der Abgabenlast fördert übertriebene staatliche Regulierung die Abwanderung aus der gesetzestreuen Wirtschaft. Das gilt auch für die Neuregelung der 630-DM-Jobs. Allein dadurch sind die Umsätze im Verborgenen um 10 bis 12 Milliarden Mark gestiegen, schätzt Professor Schneider.

## Schattenwirtschaft boomt

Geschätzte Umsätze in Milliarden DM



\*2001: Prognose

Quellen: Friedrich Schneider, Statistisches Bundesamt

## Auslaufmodell Staatsunternehmen:

# Wirtschaft können die Privaten besser!

**Die Öffentliche Hand hat ihre Finger bei Banken, Reisebüros und vielen anderen Geschäften im Spiel. Unternehmer leiden unter Wettbewerbsverzerrungen durch die Staatskonkurrenz. Das kostet Steuergelder und gefährdet Arbeitsplätze.**

Allein der Bund und seine Sondervermögen sind an 375 Unternehmen direkt oder indi-

rekt beteiligt – zum Beispiel Telekom, Post, Bahn und Banken, Briefmarkenhandel und Flughäfen, Reinigung und Partyservice, Verlagswesen und Versicherungen. Beispiel: Die DER Deutsches Reisebüro in Frankfurt gehört zu 100 Prozent der Deutsches Reisebüro GmbH in Berlin und diese wiederum der Deutschen Bahn. Am Ende der Kette steht der Bundesverkehrsminister, also der

Bund. Dabei gibt es hier keine Versorgungsengpässe, die eine „Daseinsvorsorge“ durch den Staat erfordern.

## Kommunen „wildern“ in der Wirtschaft

Auch Länder und Gemeinden sind über Landesbanken und kommunale Sparkassen im Bankgeschäft aktiv. Sie verfügen über Messen und Flughäfen, Stadtwerke und Brauereien, Gärtnereien und Bauhöfe, Theater, Wohnungsbaugesellschaften und Krankenhäuser. Kommunale Betriebe bieten das „Telekommunikationsspektrum aus einer Hand“ an. Sie buhlen beim Gartenbau um Privatkunden oder machen privaten Busunternehmen Konkurrenz.

Besonders ärgerlich wird es, wenn Firmen bei öffentlichen Aufträgen von der Staatskonkurrenz unfair ausgebootet werden. Dies kann passieren, wenn sie einen Informationsvorsprung hat – wenn etwa „verdiente“ Kommunalpolitiker in den Aufsichtsgremien oder in der Chefetage sitzen. Oder die öffentlichen Unternehmen manövrieren private Unternehmer mit Dumping-Angeboten aus. Denn Staatsbetriebe müssen kein Konkursrisiko



*Das Geschäft mit den Ferien: Auch hier „wildert“ der Staat in der Wirtschaft.*

## Ideen – Konzepte – Innovationen

### Privatisierung der Telekommunikation: Markt macht mobil!

Wer bis Mitte der 90er Jahre telefonieren wollte, musste Anschluss und Apparat bei der Post erwerben. Die bunte Vielfalt von Anbietern, Tarifen und Telefonen kannte man nur vom Hörensagen aus den USA. Das Gleiche gilt für die niedrigen Telefonkosten. Doch dann fiel das staatliche Telekommunikationsmonopol und der Staat entließ die Deutsche Telekom in die private Wirtschaft. Der Markt machte die Branche mobil! Rund 2000 Wettbewerber traten an, um die Marktmacht der Tele-

kom zu brechen. Erfolg hatten sie vor allem auf dem Mobilfunkmarkt: Ihr Anteil hat dort bereits 60 Prozent erreicht.

Die Liberalisierung und Privatisierung der ehemals „hoheitlichen“ Telekommunikation hat – allen Unkenrufen zum Trotz – zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Heute sind 240 000 Menschen in der Branche beschäftigt. Allein im Jahr 2000 wuchs die Beschäftigung um 15 Prozent!

Die wahren Gewinner aber sind die Kunden. Sie profitieren von vielen neuartigen Techni-

ken und können maßgeschneiderte Produkte auswählen: Pre-Paid, Pre-Select, Call-by-Call, Roaming und anderes steht zur Auswahl. Und die Kunden erfreuen sich an drastisch gesunkenen Fernsprechpreisen. Dank der Konkurrenz sanken die Preise um bis zu 90 Prozent! Zahlte man 1998 für ein Ferngespräch im Inland an Werktagen tagsüber noch 60 Pfennig pro Minute, so liegen die Preise heute bei 5 bis 6 Pfennig. Ferngespräche sind 90 Prozent, Auslandsgespräche sogar 94 Prozent günstiger als vor der Liberalisierung. Beim Mobilfunk halbierten sich die Gesprächspreise.

fürchten und können mit geringeren Gewinnmargen kalkulieren.

Die Zeche für einen Staat, der nicht abspecken will, zahlt der Bürger: in Form von Steuern und Abgaben für eine aufgeblähte öffentliche Verwaltung. Und oft genug in Form überhöhter Preise für in Staatsregie erbrachte Dienstleistungen. Untersuchungen haben nachgewiesen, dass die Privatwirtschaft kostengünstiger arbeitet als eine Öffentliche Hand, die sich als Dienstleister versucht. Wie viele Vorteile weniger Staat bringen kann, zeigt etwa die Liberalisierung der Telekommunikation (siehe „Markt macht mobil“).

### Was Privatisierung heute noch hemmt

Politiker beschwören gern den schlanken Staat, der sich auf seine Kernkompetenzen beschränkt. Doch in der Praxis sperren sie sich oft gegen Privatisierung. Ein Grund: In den Staatsunternehmen winken gut bezahlte Posten. Und: Politik verzichtet ungern auf Einfluss. Gerade Kommunen wollen außerdem nicht auf Einnahmequellen in der Wirtschaft verzichten (Grafik).

Die Kommunal-Konkurrenz wird zur Gefahr für die Unternehmen – und die Jobs dort. Umfragen belegen, dass jeder zwölfte Handwerksbetrieb in NRW von kommunaler Konkurrenz betroffen ist. Private Ingenieurbüros sehen sich schon zu Entlassungen gezwungen.

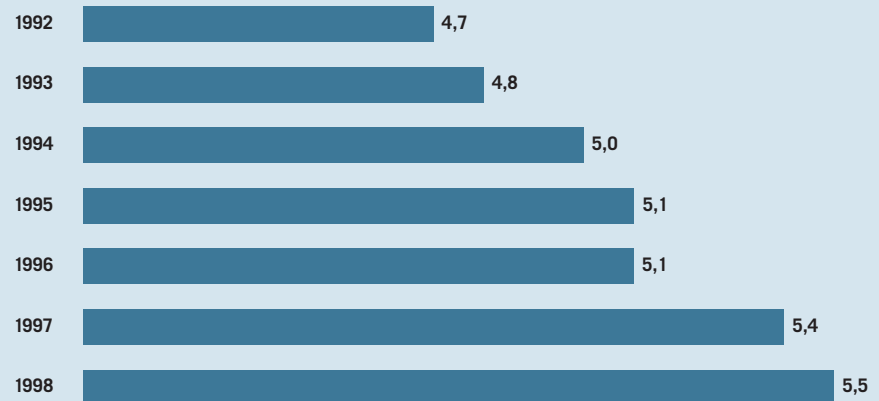
## Stichwort Kommunalwirtschaft

### Sprudelnde Geldquelle fürs Rathaus

Auf kommunaler Ebene werden über 100 000 Unternehmen in öffentlicher Regie betrieben, so der Sachverständigenrat „Schlanker Staat“ in seinem Bericht für die

Bundesregierung (1997). Experten halten rund 80 Prozent aller kommunalen Dienstleistungen für privatisierungsfähig. Nun ist die Politik am Zug!

#### So viel Prozent ihrer Gesamteinnahmen erzielten Kommunen aus wirtschaftlicher Betätigung



Alte Länder; Quellen: Statistisches Bundesamt, IW Köln

### Der Gesetzgeber ist gefordert

Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Er muss dem Staat einen Diätplan schreiben. Es gilt Paragraph 1: Private Initiativen haben in der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich Vorrang vor staatlicher Zuständigkeit. Konkret: Der Staat darf nur dann wirtschaftlich tätig wer-

den, wenn Private die Leistungen nicht gleich gut oder besser erbringen können.

Dafür muss der Staat im Einzelfall den Beweis antreten – schon damit er sich das Naschen in der Privatwirtschaft abgewöhnt und Ernst macht mit seiner Schlankheitskur.

## Ideen – Konzepte – Innovationen

### Britische Botschaft in Berlin: Pfiffig finanziert

Mit der britischen Botschaft in Berlin (Foto) wurde erstmalig ein Verwaltungsgebäude außerhalb Großbritanniens im Rahmen der „Public Finance Initiative“ (PFI) gebaut.

Bei diesem pfiffigen Finanzierungskonzept benennt die Öffentliche Hand benötigte Dienstleistungen oder Infrastrukturmaßnahmen. Danach treten private Unternehmen in einen Wettbewerb. Nach einer EU-weiten Ausschreibung erhielt die Bilfinger+Berger AG den Zuschlag für die Botschaft. Sie finan-

zierte und realisierte den Bau und bewirtschaftet das Gebäude. Großbritannien zahlt im Gegenzug ein monatliches Nutzungsentgelt für das Gebäude und die Bereitstellung aller Dienstleistungen.

Die Vorteile des PFI-Konzeptes sind klar: Der Staat wird zum Einkäufer und Nutzer von Dienstleistungen anstatt selbst ein hohes Investitionsrisiko einzugehen. In Großbritannien werden auch Brücken und Fernstraßen mit Hilfe der PFI gebaut. In Deutschland bestehen bei den Verwaltungen dagegen noch Berührungsängste.





Effektivere Steuerungsmodelle, E-Government, neue Leistungsanreize und besseres Kosten-Controlling:

# Als Dienstleister ist der Staat auf dem Weg der Besserung.

**Schlanker Staat – schlanke Verwaltung:** In den vergangenen zehn Jahren haben viele deutsche Städte und Gemeinden ihren Behörden Reformen verordnet. Dennoch ist der Wandel von der Ämterverwaltung zum „Dienstleister für Bürger und Unternehmen“ erst in Ansätzen vollzogen.

Es gehört fast zum guten Ton, sich über Bürokratismus und schleppenden Service zu beklagen. Doch eine zweckgerechte und kostengünstige Verwaltung erfordert Bedingungen, die Wirtschaftlichkeit und Dienstleistungsorientierung überhaupt erst erlauben. Nach wie vor hapert es aber genau daran.

Eine umfassende Reform der Verwaltung muss in drei Kernbereichen ansetzen:

- **Öffentliches Dienstrecht:** Es braucht leistungsfördernde Laufbahn- und Besoldungsstrukturen. Bisher wurde nicht die Leistung belohnt, sondern in erster Linie das Dienstalter und die Zahl der Untergebenen. Letzteres schafft den falschen Anreiz, die Arbeit mit möglichst vielen Mitarbeitern zu erledigen und neue Aufgabenfelder zu erfinden.
- **Öffentliches Haushaltsrecht:** Die Vergabe von Haushaltsmitteln sollte sich allein daran orientieren, welche Leistungen für Bürger und Unternehmen zu erbringen sind. Zudem müssen Anreize für eine kostengünstige Bereitstellung der Leistungen geschaffen werden. Dazu ist eine flexible Verwendung der Finanzmittel notwendig. Die Mittelvergabe sollte sich vom Verbrauch der Vorperiode lösen. Dem „Dezemberfieber“ muss Einhalt geboten werden!
- **Rechnungswesen:** Zum Controlling moderner Organisationen gehört der Überblick über ihre Kosten. Nur wenn die Kosten transparent sind, können die Leistungen verschiedener Behörden verglichen werden. Dazu ist ein modernes Rechnungswesen notwendig.



## Fortschritte nicht zu übersehen

Die Kritik hat gewirkt, die leeren Kassen taten ein Übriges: Seit Beginn der neunziger Jahren haben viele Städte und Gemeinden begonnen, einen Teil dieser Forderungen umzusetzen. Das entscheidende Startsignal hat die Entwicklung des „Neuen Steuerungsmodells“ gegeben. Dieses sieht eine Einführung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten vor. Die holländische Stadt Tilburg hatte das bereits Ende der achtziger Jahre vorexerziert.

Verwaltungsaufgaben und -vorschriften auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, mehr Verantwortung für die Mitarbeiter, „Produktbeschreibungen“ der öffentlichen Leistungen, ein moderneres Rechnungswesen: Viele Behörden haben derartige Maßnahmen in Angriff genommen – wenn auch oft nur zögerlich. Immerhin: Laut einer Allensbach-Umfrage haben die meisten Bürger den Eindruck, dass sich der Service der Ämter und Behörden verbessert hat.

Doch es besteht kein Grund, sich zurückzulehnen. Obwohl der Reformprozess bereits

mehr als zehn Jahre dauert, ist nur ein Teil der Kommunen über erste Reformschritte hinausgekommen. Umso bedenklicher ist es, dass der deutsche Städtetag über Klagen vieler Städte und Gemeinden berichtet, das früher positive Reformklima sei umgeschlagen und ein „Reformdurchhänger“ festzustellen.

## Neue Herausforderungen

Es muss wieder mehr Tempo in die Reformen, nicht zuletzt, weil die Ämter vor neuen Herausforderungen stehen. „E-Government“, „E-Democracy“, „Virtuelles Rathaus“ – solche Schlagworte kennzeichnen die Veränderungen, denen sich die Mitarbeiter der Behörden heute gegenübersehen. Von bundesweit etwa 10 000 Kommunen ist heute etwas mehr als ein Viertel im Internet.

Das Angebot der Städte beschränkt sich aber noch weitgehend auf die Bereitstellung von Informationen. Auf dem Weg zur kompletten elektronischen Vorgangsbearbeitung – etwa bei Existenzgründungen, Heirat oder Umzug – stehen wir noch am Anfang. Werden die neuen Medien nicht als Bedrohung, son-



dern als Chance gesehen, können sie der Verwaltungsreform einen neuen Schub verleihen.

**Die Politik ist in der Pflicht**

Natürlich kann die Verwaltungsreform nur mit der Hilfe der Mitarbeiter in den Ämtern umgesetzt werden. Doch der Weg zum „Dienstleister für Bürger und Unternehmen“

muss von der Politik geebnet werden. Dies gilt zum einen für die konsequente Weiterentwicklung des Haushaltsrechts und der immer noch zu starren Laufbahn- und Besoldungsstrukturen – das Beamtenrecht ist hier mit der Einführung von Leistungsanreizen etwas weiter als die Regelungen für die Angestellten. Entbürokratisierung bedeutet aber

vor allem Deregulierung und die Reduzierung der vielen Gesetze und Verwaltungsvorschriften. Dazu gehört auch, kritisch zu hinterfragen, welche Aufgaben von der Öffentlichen Hand wirklich wahrgenommen werden müssen und welche verzichtbar sind. Denn nur der schlanke Staat ermöglicht eine schlanke Verwaltung.

**Der wichtige Beitrag einer modernen Verwaltung:**

# Aesculap: Behörden gaben ganz schnell grünes Licht für neue Jobs.

**Die Aesculap AG & Co. KG hätte ihr neues Werk zur Herstellung von medizinischen Implantaten auch in Sheffield bauen können. Der britische Standort**



*Prof. Ungethüm*

**bot erhebliche Vorteile bei Arbeitszeiten und Arbeitskosten. Doch das Unternehmen investierte am Stammsitz Tuttlingen – weil Mitarbeiter, die Stadt und das Land Baden-Württemberg gemeinsam zur Verbesserung der Standortqualität beitrugen.**

„Unser Beispiel zeigt, dass man sehr wohl in Deutschland produzieren kann, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind“, erläutert Professor Michael Ungethüm, Vorsitzender der Geschäftsführung von Aesculap. Der zur B. Braun Melsungen AG gehörende Hersteller medizintechnischer Produkte beschäftigt weltweit 6 500 Mitarbeiter und erwirtschaftet einen Umsatz von etwa 1,2 Milliarden Mark.

**Teil eins des Gemeinschaftswerks**

Von Oktober 1999 bis September 2005 bringt jeder Mitarbeiter 360 Stunden für Qualifizierungsmaßnahmen in einen Standortvertrag ein. Betriebsrat und Ge-

schäftsleitung haben darüber eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Dafür garantiert Aesculap seinen Mitarbeitern die Beschäftigung für die Laufzeit des Vertrages. Außerdem erhöhte das Unternehmen die Zahl der Auszubildenden um 10 Prozent und stellte neue Arbeitsplätze in Aussicht.

**Eine Straße wurde für das neue Werk im Handumdrehen verlegt**

Zweite wichtige Voraussetzung waren die rasche Genehmigung und die Unterstützung des Bauvorhabens durch die Stadt und das Land. Als Aesculap 1997 über die Nutzung eines von der Stadt erworbenen Geländes entscheiden wollte, gab es noch keinen Bebauungsplan. Außerdem durchschnitt die Bundesstraße 311 das Werksgelände. Der Gemeinderat reagierte sofort und beschloss den Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet und die Verlegung der B 311.

Das Land sagte zu, das Vorhaben als vordringlichen Bedarf zu behandeln. Die Stadt übernahm rund 200 000 Mark Planungskosten für die Straßenverlegung. In nur drei Monaten genehmigte sie die erforderlichen 15 Grundstücksverschiebungen und den Bauantrag. Und als sich Aesculap entschied, den für später geplanten zweiten Bauabschnitt gleich zu realisieren, brauchte sie für die neuerliche Genehmigung nur wenige Tage. Der

Fertigstellungstermin musste nicht verschoben werden.

„Wir sind keine Überbürokraten und Investitionsverhinderer. Zum Nutzen aller schaffen wir Bedingungen, die Unternehmen und ihre Mitarbeiter einladen, hier zu investieren“, sagt Tuttlingens Oberbürgermeister Heinz-Jürgen Koloczek.

**Bis zu 300 neue Stellen**

Insgesamt 55 Millionen Mark hat Aesculap in das neue, 13 000 Quadratmeter große Werk investiert. Seit Juli 2001 wird dort produziert. Aesculap hat in den letzten zwölf Monaten 150 neue Mitarbeiter eingestellt, darunter 50 für das neue Werk. Dort arbeiten jetzt 210 Beschäftigte. Professor Ungethüm ist optimistisch: „Wenn es weiter so gut läuft, könnten daraus bis zum Ablauf des Standortvertrages im Jahr 2005 gut 300 werden.“



*Das neue Werk in Tuttlingen*

## Ideen – Konzepte – Innovationen



**Aus der Privatwirtschaft kopiert:  
Die Stadt Wiesloch spart  
mit Kosten-Controlling**

1999 hat die Kreisstadt Wiesloch in Baden-Württemberg ihre Finanzverwaltung auf die in der Privatwirtschaft übliche doppelte Buchführung umgestellt. Damit hielt unternehmerisches Denken Einzug im Rathaus (Foto). Beamte wurden zu Controllern, den „Produkten“ der Verwaltung wurden Preise zugeordnet und Steuermittel wurden zu Aktiva und Passiva. Wieslochs Bürgermeister ist damit stets auf dem neuesten Stand, was Schulden und Vermögen seiner Stadt betrifft. Geldschluckende Dienststellen werden leicht aufgespürt. Der traditionellen Kameralistik trauert man in Wiesloch nicht nach. „Wir wissen heute genau, wo wir wirtschaftlich arbeiten und wo nicht“, lobt Peter Bühler, Leiter des Bereichs Bilanzen, den Nutzen der kaufmännischen Buchführung. Der

„Konzern“ Wiesloch kann nun die Jahresabschlüsse der Stadt und ihrer öffentlichen Unternehmen in *einer* Bilanz zusammenfassen. Das war bisher wegen der unterschiedlichen Rechnungsmethoden unmöglich.

Landesinnenminister Thomas Schäuble verglich die Auswirkungen des Modellprojekts auf die Verwaltung mit den preußischen Reformen im 19. Jahrhundert.



**Super-Service mit [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de):  
Behördengänge via E-Mail**

Konsequent stellte Hamburg seine Verwaltung auf „E-Government“ um: Unter [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de) wurde ein Internet-Tor für die Stadt aufgebaut. „E-Government“ ist die Abkürzung für „Electronic Government“. Darunter versteht man die Abwicklung von staatlichen Verwaltungsakten und Dienstleistungen über das Internet. Unter [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de) finden sich 700 000 Seiten, darunter die Hamburger Verwaltung, kommerzielle Angebote sowie Bürgerinitiativen und Vereine. Jeder Bürger hat seine kostenlose E-Mail-Adresse. Damit kann er viele Behördengänge online erledigen, zum Beispiel Briefwahlunterlagen herunterladen oder amtliche Vordrucke ausfüllen. Hamburg konnte durch die elektronische Abwicklung von Verwaltungsprozessen Material und Personal sparen. Auf der CeBit 2001 in Hannover hat die Hansestadt den Sonderpreis „E-Government in Bundes- und Landesverwaltungen“ gewonnen.

**One-Stop-Agency in Heidelberg:  
Schnelle Genehmigungen für  
Existenzgründer? Kein Thema!**

Die Wirtschaftsförderung hat Heidelbergs Oberbürgermeisterin Beate Weber zur „Chefsache“ gemacht. Damit Existenzgründer und Investoren sich nicht länger im Behördenschungel verlaufen, hat sie eine One-Stop-Agency eingerichtet. Diese zentrale Anlaufstelle koordiniert die Arbeit der unterschiedlichen Dienststellen der Stadtverwaltung und vertritt die Interessen der Existenzgründer gegenüber der Bürokratie. Die One-Stop-Agency fördert schnelle Entscheidungen und verhindert einen Ämtermarathon. Erfolg der Aktion: Der Unternehmer ist in Heidelberg nicht mehr länger Bittsteller im Amt, sondern Kunde einer modernen dienstleistungsorientierten Verwaltung. Schnelle Genehmigungen sind hier nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel!

Professor Dr. Hans-Jürgen Ewers

# Schlanker Staat.

**Die Forderung nach dem schlanken Staat ist nichts anderes als der Versuch, den Staat auf jene Aktivitäten zu beschränken, bei denen er wirklich unverzichtbar ist.**

Unverzichtbar ist der schützende und garantierende Staat, der als Inhaber des Gewaltmonopols notfalls auch hoheitlichen Zwang einsetzt, um den Bürger zu schützen und um die zum Funktionieren der Gesellschaft nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen („Daseinsvorsorge“) sicherzustellen. Verzichtbar erscheint dagegen der wirtschaftende Staat, der – meist durch gesetzliche Monopole geschützt – die Versorgung mit einer ungezählten Anzahl von Dienstleistungen betreibt, von der Energie- und Wasserversorgung über die Abwasser- und Abfallentsorgung bis zu Gesundheits- und Arbeitsvermittlungsdiensten.

## Sozialpolitik für die wirklich Bedürftigen

Für das Tätigwerden staatlicher oder kommunaler Unternehmen auf diesen Gebieten werden vor allem zwei Argumente geltend gemacht: Gerechtigkeit und Qualität. Gerechtigkeit soll sich in „sozial verträglichen“ Preisen für Dienstleistungen äußern. Eine solche Form der Sozialpolitik ist grundsätzlich mit zwei Problemen behaftet. Zunächst scheint die Sonne „sozial verträglicher“ Preise über allen, gleich ob sie wirklich bedürftig sind oder nicht. Objektförderung ist eine besonders teure Form der Sozialpolitik, ob beim Wohnungsbau, beim öffentlichen Nahverkehr, bei Post- und Telekommunikationsdiensten oder bei der Mensa in den Hochschulen. Billiger, weil gezielter, ist dagegen die Subjektförderung, die die wirklich Bedürftigen in den Stand setzt, solche Dienstleistungen zu Marktpreisen zu erwerben.

Das zweite Problem einer solchen Sozialpolitik kann mit „Elend der Gemeinwirtschaft“ überschrieben werden. Denn um Dienstleistungsangebote, deren Kosten z. T. über den sozialverträglich angesehenen Preisen liegen,

auf Dauer durchhalten zu können, brauchen die gemeinwirtschaftlich handelnden öffentlichen Unternehmen Märkte, auf denen sie weit über den Kosten liegende Preise erzielen. Solche Märkte locken aber in einem wettbewerblichen Umfeld private „Rosinenpicker“ an, die findig genug sind, die Löcher in den gesetzlichen Marktzugangsbeschränkungen zu finden, und dann den Gemeinwirtschaftlichen ihre Überrenditen auf diesen Märkten wegkonkurrieren. Im Normalfall setzt dann



*Hans-Jürgen Ewers ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Präsident der TU Berlin.*

ein Wettlauf zwischen den staatlichen Regulierern und den privaten Rosinenpickern ein, den der Staat wegen des verfassungsrechtlichen Schutzes der Gewerbefreiheit kaum gewinnen kann. Am Ende bleibt der Staat mit wachsenden Defiziten auf dem subventionierten Teil des Angebots sitzen. Der über 40 Jahre währende erfolglose Versuch, die staatliche Bahn vor der Konkurrenz durch den Lkw zu schützen, ist ein Lehrbuchbeispiel dafür.

## Falsche Argumente gegen private Anbieter

Nicht auszurotten ist die Behauptung, private Anbieter würden, weil sie gewinnorientiert handeln, schlechtere Qualität anbieten als öffentliche Dienstleistungsanbieter. Zunächst einmal handeln auch öffentliche Unternehmen nicht notwendig im Interesse ihrer Kun-

den, sondern haben oft vor allem das Interesse ihrer Belegschaften im Auge. Das gegen private Anbieter in Bereichen der Daseinsvorsorge immer wieder vorgebrachte Qualitätsargument wird zudem schon dadurch gegenstandslos, dass Qualität ja in Konzessions- oder Dienstleistungsverträge hineingeschrieben und kontrolliert werden kann, nicht zu reden von den vielfältigen Formen des Reputationswettbewerbs.

## Teure staatliche Dienstleistungen

Stehen also die Argumente für wirtschaftliches Tätigwerden des Staates eher auf wackeligen Füßen, so wiegen die Gegenargumente schwer. Denn staatliche Dienstleistungsangebote sind vor allen Dingen teuer, weil so viele Besitzstände an ihnen festgemacht werden. Am ausgeprägtesten ist dies beim Öffentlichen Dienst und seinen Gewerkschaften, die ihrer Klientel um bis zu einem Drittel höhere Löhne als bei vergleichbaren privaten Arbeitgebern, komfortabelste Arbeitsbedingungen und eine praktisch hundertprozentige Arbeitsplatzsicherheit erkämpft haben. Teuer ist vor allem die leistungs- und innovationsfeindliche Struktur der tariflichen Entlohnung im Öffentlichen Dienst.

## Neue Arbeitsplätze durch mehr Wettbewerb

So liegt der „dicke“ Staat wie Mehltau auf der Wirtschaft und den Taschen seiner Bürger. Wichtige Basisdienstleistungen sind zu teuer und – was oft noch schlimmer ist – von bescheidenster Qualität. Verschlanken des Staates durch Öffnung der gesamten staatlichen Daseinsvorsorge für den Wettbewerb privater Unternehmen verbessert nicht nur die Standortqualität und trägt damit indirekt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Auch direkt werden neue Arbeitsplätze in den genannten Dienstleistungsbereichen entstehen, weil es dann leistungsfähige deutsche Anbieter geben wird, die entsprechende Dienstleistungen exportieren können. Bislang haben wir dieses Feld den Ausländern überlassen.

Bitte senden Sie mir kostenlos

- \_\_\_ Exemplar(e) Themenheft Nr. 1 „Mehr Freiheit, mehr Arbeit“
- \_\_\_ Exemplar(e) Themenheft Nr. 2 „Mehr Wettbewerb in die Bildung“
- \_\_\_ Exemplar(e) Themenheft Nr. 3 „Lust auf Selbstständigkeit“
- \_\_\_ Exemplar(e) Themenheft Nr. 4 „Moderner Staat – Schlanker Staat“
- Newsletter der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*
- Broschüre „Der Schlanke Staat – Eine Fitnesskur für unser Gemeinwesen“
- Buch „Chancen für alle: Die Neue Soziale Marktwirtschaft“ von Randolph Rodenstock (190 Seiten, DM 48,-\*)

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ/Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Beruf

Verbindliche Unterschrift für die Bestellung des Buches „Chancen für alle“

**CHANCEN FÜR ALLE**   
*Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*

**Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

**50968 Köln**

\* Unverbindliche Preisempfehlung

*Bitte ausschneiden und in frankiertem Kuvert abschicken*

Weitere Informationen und Hinweise auf Veranstaltungen,  
Veröffentlichungen, Medienauftritte sowie Online-Foren  
der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* finden Sie unter

**[www.chancenfueralle.de](http://www.chancenfueralle.de)**

**CHANCEN FÜR ALLE**   
*Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*